



## Roter Pullover an Gitta Tonka

### “Buchengasse 100“ erzählt Familiengeschichte einer widerständigen Favoritnerin

Den schon traditionellen "Roten Pullover gegen die soziale Kälte" verliehen wir Favoritner SPÖ Frauen heuer anlässlich unserer Jahreskonferenz an Gitta Tonka. Die Autorin hat auf Basis von Manuskripten ihrer Mutter Oswalda in der Chronik "Buchengasse 100" die Familiengeschichte einer widerständigen Favoritner Arbeiterfamilie nachgezeichnet.

### Dokumentation des Widerstandes

Beginnend mit der Geschichte ihrer Urgroßeltern im Jahr 1855 beschreibt Gitta Tonka die Kinder- und Jugendjahre ihrer Vorfahrinnen und Vorfahren in Favoriten, einen besonderen Platz nimmt dabei die Zeit der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ein. "Anders als bisherige Preisträgerinnen des Roten Pullovers ist die Autorin nicht sozial oder karitativ tätig. Aber gerade für einen Bezirk wie Favoriten ist die Dokumentation von Ausbeutung und Elend des Proletariats, schreiende soziale Ungerechtig-

keit und der notwendige Klassenkampf dagegen, ebenso wie die Dokumentation der Geburtsstunde der Sozialdemokratie und später des Roten Wiens sowie der Widerstand gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus von unschätzbarem Wert", habe ich bei meiner Laudatio festgestellt.

Umverteilung von unten nach oben betreibt und es sozial und gesundheitspolitisch Rückschritte gibt, verdient ein intellektuelles und dokumentarisches Engagement, wie das von Gitta Tonka die Auszeichnung mit dem "Roten Pullover gegen die soziale Kälte", waren wir Favoritner SPÖ Frauen uns einig.



v.l.n.r.: Kathrin Gaal, Gitta Tonka, Petra Bayr, Brigitta De Becker-Zentner

Gerade in Zeiten, wo die Bundesregierung Vorurteile gegen gewisse Bevölkerungsgruppen schürt, Menschen gegeneinander ausspielt, bei den Ärmsten spart und

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte an mich: 01/534 27 310 oder [petra.bayr@spw.at](mailto:petra.bayr@spw.at)

# Rechtsstaat in Gefahr?

## Diskussion zu Bedrohungen der Demokratie in Österreich im Republikanischen Klub

Ende Mai habe ich an einer spannenden Diskussion zur Frage, ob der Rechtsstaat durch die aktuellen Entwicklungen und die Aktivitäten der blau-schwarzen Regierung in Österreich in Gefahr ist, teilgenommen. In meinem Eingangsstatement bin ich allen voran auf diese drei Punkte eingegangen:

### 1. „Justiz wird totgespart- Rechtsstaat in Gefahr“

Mit diesem Slogan protestierten Ende März/Anfang April etwa 5000 RichterInnen und StaatsanwältInnen, RechtspflegerInnen, KanzleimitarbeiterInnen etc. gegen die geplanten Kürzungen der Regierung im Justizbudget.

Trotz aller Proteste und zeitweise regierungsinternem Unmut des Justizministers gegen den Finanzminister wurden alle Einsparungen letztlich wie geplant von schwarz-blau im Nationalrat beschlossen. Die Einsparungen bei den RichterInnen und beim nichtrichterlichen Personal bedeutet zumindest, dass die Verfahren deutlich länger dauern werden. Welche weiteren Folgen, wie der Vertrauensverlust in die Justiz, auf uns zu kommen, bleibt abzuwarten.



V.l.n.r. Datenschutzler Hans Zeger, Abg. z. NR (Liste Pilz) Alfred Noll und Petra Bayr

### 2. Überwachungspaket

Durch das Überwachungspaket samt Bundestrojaner hat die Regierung eine dramatisch unverhältnismäßige Maßnahme getroffen und einen großen Schritt Richtung Überwachungsstaat gesetzt. Es ist davon auszugehen, dass dieser letztlich den Rechtsstaat und die Demokratie beeinträchtigt und Grundrechte mit Füßen tritt.

### 3. Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2018:

Bei dieser u.a. der Terrorismusbekämpfung dienenden Vorlage, die

derzeit in „Kurzbegutachtung“ ist, verstört am meisten, dass im §278c StGB („Terroristische Straftaten“) der Absatz 3 ersatzlos gestrichen werden soll.

Abs.3 lautet: „Die Tat gilt nicht als terroristische Straftat, wenn sie auf die Herstellung oder Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse oder die Ausübung oder Wahrung von Menschenrechten gerichtet ist.“ Es sollen also z.B. FreiheitskämpferInnen, im Extremfall sogar MenschenrechtsaktivistInnen mit Terroristen auf eine Ebene gestellt werden.

# Treffen mit Michelle Bachelet

## Schwangerschaftsabbruch in vielen Ländern nach wie vor nicht legal

Ich habe für die Interparlamentarische Union an einem Treffen der Weltgesundheitskonferenz teilgenommen. Es ging um die Bedeutung der Parlamente für universellen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung. Es war mir eine Freude, Michelle Bachelet wieder zu treffen! Die Chilenin ist eine wahre Kämpferin für die Rechte von Frauen. Sie war die erste Frau im Präsidentenamt in Chile. Als solche hat sie die strenge Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch in Chile ein wenig gelockert.

Bis zur Lockerung wurden Frauen in Chile gezwungen, jede Schwangerschaft bis zum Ende auszutragen. Selbst bei Fällen der Vergewaltigung, des Inzestes oder wenn die Schwangerschaft das Leben der Frau bedrohte, mussten Frauen durch eine komplette Schwangerschaft gehen. Dank des langen Einsatzes von Michelle Bachelet ist es gelungen, die rechtliche Lage von Frauen ein wenig zu verbessern: Es gibt nun drei Ausnahmen von diesem Verbot, nämlich wenn Lebensgefahr für die Mutter besteht, wenn die Schwangerschaft aus einer Vergewaltigung resultiert oder wenn dem Fötus keine Überlebenschance prognostiziert wird. Damit sind erste Schritte für eine Verbesserung für Frauen getan.

### Situation weltweit

In einigen Ländern in Lateinamerika, Asien und Afrika sind Frauen in fast allen Lebenslagen gezwungen, eine nicht geplante Schwangerschaft bis zum Ende auszutragen. Aber es ist bekannt, dass strenge Gesetze Schwangerschaftsabbrüche nicht verhindern. Sie treiben Frauen nur in die Kriminalität und setzte sie gesundheitlichen Risiken aus. 29 von 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 45 haben in Afrika, wo die Gesetze sehr streng sind, einen Abbruch. In Europa, wo die Gesetze liberaler sind, mehr Aufklärungsarbeit betrieben wird und der Zugang zu Verhütungsmitteln leichter ist, haben nur 12 pro

1.000 Frauen im reproduktiven Alter einen Abbruch.

Laut WHO sterben jährlich rund 50.000 Frauen an Komplikationen bei unsicheren Abbrüchen. 13% aller Müttersterblichkeitsfälle sind auf unsichere Schwangerschaftsabbrüche zurückzuführen.

Nicht geplante Schwangerschaften sind durch Wissen über und Zugang zu Verhütungsmitteln zu vermeiden: Weltweit haben 215 Millionen Frauen keinen Zugang zu effektiven Verhütungsmitteln, obwohl sie diesen gerne hätten. Diese Frauen haben oft keine Chance eine Schwangerschaft zu verhüten.



Petra Bayr mit Michelle Bachelet

# Steuersümpfe trocken legen

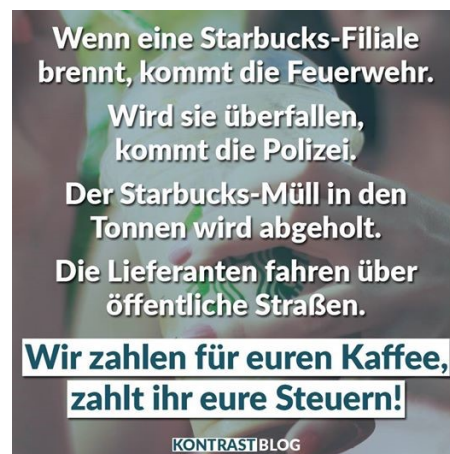
## Ohne Steuereinnahmen keine Sozialsysteme

Ein oft angewandter Trick von Multis, um möglichst wenig Steuern zu bezahlen, ist das Verschieben von Gewinnen in Niedrigsteuerländer und Steuersümpfe. Durch das Gründen von Tochterfirmen wird dies leicht möglich. Die Tochterfirma in einem Steuersumpf verrechnet dem Mutterkonzern, der die tatsächliche Leitung erbringt, Gebühren. Diese können für Lizenzen, Marken- oder Namensrechte, technisches Know-How oder das Liefern von Rohstoffen verrechnet werden. So rechnet der Mutterkonzern die Gewinne klein und die Gewinne der Tochterfirma werden umso größer. Weil das Tochterunternehmen in einem Niedrigsteuerland angesiedelt ist, muss es nur sehr wenige Steuern dafür abgeben. Die Gewinne der Multis wachsen also an.

Allein der EU entsteht durch Steuervermeidung oder -hinterziehung ein jährlicher Schaden von rund 1.000 Milliarden Euro. Etwa 150 Milliarden Euro davon entfallen auf Gewinnverschiebung in Länder außerhalb der EU, 850 Milliarden Euro auf Steuerhinterziehung. Gemessen an der gesamten Wirtschaftsleistung macht das 2,3 Prozent aus. Diese Milliarden könnten für bessere Bildung, bessere

Krankenversorgung und andere Sozialleistungen verwendet werden.

Wir setzten uns auf unterschiedlichen Ebenen, wie im Nationalrat und im Europäischen Parlament für mehr Steuergerechtigkeit ein. Der Kontrast Blog hat das Thema der Steuervermeidung so passend auf den Punkt gebracht:



### Was tun?

Ein Weg, um Steuervermeidung zu beenden, ist Country-by-Country-Reporting für Konzerne. Das würde so gehen: Multinationale Unternehmen sollen die Gewinne transparent machen, die sie in verschiedenen Ländern erwirtschaften. So kann kontrolliert werden, ob ein Unternehmen in den Ländern auch Steuern abführt, wo die Gewinne erwirt-

schaftet wurden. Gewinne zu verschieben und sich der Steuerpflicht zu entziehen, würde weit- aus schwieriger werden.

### Steuern weltweit

In Ländern mit schwacher Infrastruktur sind Staatseinnahmen Steuern besonders wichtig, um diese aufzubauen. Die UN schätzt, dass Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden US-Dollar durch unsaubere Steuer-moral von transnationalen Unternehmen entgehen. Mit dieser Summe könnten die Sozialsysteme der Länder einen großen Sprung machen!

### Kontrast Blog

Gute politische Analysen abseits der konservativen österreichischen Medien bietet der Kontrastblog mit der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit. Die Beiträge schauen hinter die Kulisse der politischen Debatten und analysieren, wer in der Gesellschaft von politischen Forderungen und Beschlüssen profitiert und wer verliert

Man kann den Blog unter [kontrast.at/abonnieren/](http://kontrast.at/abonnieren/) per Mail und per Whatsapp abonnieren.